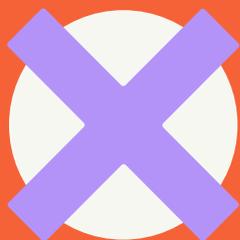


Frauen*politik im Parteiencheck



Nationalratswahl
2024

○ GRAZER
+ FRAUENRAT

Wir haben *feministisch* nachgefragt!

Die Nationalratswahl 2024 steht vor der Tür und wir möchten wissen, was die wahlwerbenden Parteien in Sachen Frauen*- und Gleichstellungspolitik planen.

Politische Entscheidungen beeinflussen unser tägliches Leben maßgeblich, daher ist es umso wichtiger, die Positionen der Parteien zu verstehen. Besonders die frauen*- und gleichstellungspolitischen Standpunkte verdienen Aufmerksamkeit! Der Grazer Frauenrat macht mit dieser Broschüre die frauen*politischen Positionen der wahlwerbenden Parteien sichtbar. Unser Ziel ist es, eine fundierte Entscheidungsgrundlage zu bieten, damit ihr eure Stimme bewusst und informiert abgeben könnt.

Seid wählerisch, seid feministisch! Gemeinsam können wir einen Beitrag zu einer faireren Gesellschaft leisten.

Für die Fragen verantwortlich:
Verein Grazer Frauenrat

Für die Antworten verantwortlich:
Parlamentsklubs der SPÖ, ÖVP, Grünen, FPÖ und NEOS,
das Wahlkampfbüro der KPÖ

01 Berufstätigkeit 5

02 Frauen* in der Politik 13

03 Sorgearbeit, Pflege & Vereinbarkeit 19

04 Gewalt gegen Frauen* und Mädchen* 29

05 Frauen*gesundheit 37



Frauen*-Hinweis: Das Gender-Sternchen * dient als Verweis auf den Konstruktionscharakter von „Geschlecht“. Wir verwenden den Genderstern * hinter Frauen, um alle Menschen zu bezeichnen, die sich unter Frau definieren und/oder sich sichtbar gemacht sehen.

Achtung: Die Schreibweise Frauen* kann zu Missverständnissen führen, als ob es verschiedene Kategorien von Frauen gäbe, je nachdem, ob es sich um eine cis Frau, eine trans Frau oder eine genderfluide Frau handelt. Das ist jedoch nicht richtig: Trans- und genderfluide Frauen sind genauso Frauen.

Berufstätigkeit

Der Einkommensunterschied zwischen den Geschlechtern (Gender Pay Gap) ist riesig.

In Österreich beträgt die Lohnlücke zwischen Frauen* und Männern 18,4%* (Stand 2022). Dieser Wert ist besonders hoch im Vergleich zu anderen europäischen Ländern; der EU-Schnitt liegt bei 12,7%. Der Gender Pay Gap hat auch gravierende Auswirkungen auf die Pension: Frauen* erhalten 40,55% weniger Pensionseinkünfte als Männer (Stand 2023) und sind daher häufig von Altersarmut betroffen.

*Bei der Berechnung sind die Unterschiede in der Arbeitszeit durch die Verwendung von Bruttostundenverdiensten bereits berücksichtigt.



Quelle: <https://www.ams.at/regionen/osterreichweit/news/2024/03/gleichstellung-am-arbeitsmarkt>

Was werden Sie tun, um gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit durchzusetzen?

SPÖ

Wir fordern eine verpflichtende Lohntransparenz. In Island konnte so die Lohnschere durch die 2014 eingeführte Lohntransparenz von 19% (2013) auf 9% (2022) gesenkt werden. In Österreich lag der Gender Pay Gap 2023 bei 18,4%. Karenzzeiten fair auf beide Elternteile aufzuteilen ist eine weitere Maßnahme, um gleichen Lohn für gleiche/gleichwertige Arbeit durchzusetzen. Wenn es selbstverständlich ist, dass Mütter und Väter gleichberechtigt Erziehungszeiten teilen, bauen wir Vorurteile ab, die noch immer zu ungleicher Bezahlung und ungleichen Karrierechancen führen.

ÖVP

Die Gleichstellung von Frauen und Männern muss eine Selbstverständlichkeit sein. Ein wesentliches Ziel ist es, die Einkommenslücke zu schließen. Dabei befinden wir uns zwar auf einem guten Weg, aber es braucht weitere Anstrengungen, um gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu erreichen. Vor allem durch die 4,5 Milliarden Euro zur flächendeckenden Versorgung mit Kinderbetreuungsplätzen schaffen wir für Frauen Wahlfreiheit und einen schnelleren Wiedereinstieg ins Berufsleben. Außerdem wollen wir moderne Rollenbilder sichtbar machen.

GRÜNE

Wir wollen verpflichtende Einkommensberichte auch für Unternehmen mit wenigen Mitarbeitenden, damit alle sehen können, wer wie viel verdient. Diese müssen allen Beschäftigten zugänglich gemacht werden. Wo es ungleiche Bezahlung gibt, sollen die Arbeitgeber:innen künftig etwas gegen diese Ungleichbehandlung zwischen Frauen und Männern beim Lohn unternehmen müssen. Wir wollen auch die Gleichbehandlungsstellen gegen Diskriminierung weiter stärken und Arbeitsmarktprogramme für Frauen ausbauen. Außerdem braucht es umfassende Maßnahmen, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert wird.

KPÖ

Der Blick auf die gesellschaftlich notwendige Arbeit und deren Bewertung muss ins Zentrum gerückt werden, wie es die Initiative FAIRsorgen macht. In Zeiten der Pandemie wurden Frauen beklatscht, die entsprechende Bezahlung insbesondere auch in Pflege- und Bildungsdiensten blieb aus. Daher fordern wir als ersten Schritt einen gesetzlichen Mindestlohn von 2.400 Euro brutto. Die ungerechte Entlohnung kann durch die Pflicht zur Veröffentlichung aller Löhne und Gehälter in jedem Unternehmen sichtbar gemacht werden. Dabei muss aber auch die überwiegend von Frauen geleistete Arbeit mit den Branchen verglichen werden, die mehrheitlich männlich besetzt sind.

FPÖ

Um Benachteiligungen für Frauen im Einkommensbereich zu reduzieren, sind faire Einstufung und Entlohnung notwendig. Arbeitnehmervertretungen und Sozialpartner sind in die Pflicht zu nehmen. Frauen sind besser ausgebildet denn je, erfahren aber weiterhin Ungerechtigkeiten. Mädchen und Frauen müssen ermutigt werden, ihre Fähigkeiten gezielt einzusetzen. Berufstätige Mütter benötigen hochwertige Kinderbetreuung, die den Bedürfnissen der Familien gerecht wird. Wir fordern die Stärkung und gezielte Förderung von Frauen im Erwerbsleben, ohne Nachteile durch flexible Arbeitszeiten oder Home-Office.

NEOS

Grundsätzlich gibt es dafür sehr gute Vorgaben der EU, die uns auch bei der Antidiskriminierung stark weitergeholfen haben. Zusätzlich ist es aber natürlich wichtig, die arbeitsrechtliche Durchsetzung abzusichern und beispielsweise bei den Gleichbehandlungsstellen für mehr Transparenz für Betroffene (also bessere Abstimmung zwischen den Bundesländern) zu sorgen – damit das Recht auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit auch wirklich in der Praxis ankommt. Für große Unternehmen ist es auch wichtig, die Transparenzrichtlinien dahingehend ordentlich umzusetzen.

Was werden Sie tun, damit die EU-Lohntransparenzrichtlinie möglichst rasch in Österreich Gesetz wird?*

- SPÖ** Transparenz ist der Schlüssel, um die Lohnschere zu schließen. Wir werden weiterhin unter Einbeziehung von Sozialpartner*innen und Expert*innen auf die Umsetzung der Richtlinie in Österreich drängen und dafür Sorge tragen, dass diese in der kommenden Legislaturperiode zügig ins österreichische Recht implementiert wird. Einen entsprechenden Gesetzesentwurf haben wir bereits dem Parlament zur Beschlussfassung zugeleitet.
- ÖVP** Die Umsetzung der EU-Lohntransparenzrichtlinie ist für Österreich verpflichtend, jedoch ist eine Umsetzungsfrist von 3 Jahren, also bis Juni 2026, vorgesehen. Die Bundesregierung arbeitet mit Nachdruck daran, die Richtlinie so schnell wie möglich umzusetzen. Jedoch gilt es, die Umsetzung mit den Sozialpartnern und anderen Ressorts festzustellen. Im Anschluss werden die offenen Punkte zu klären sein, um die bestmögliche gesetzliche Bestimmung zu finden.
- GRÜNE** Die Richtlinie sieht mit einer Verpflichtung zur Lohntransparenz ab 100 Mitarbeitenden eine wichtige Verbesserung vor. Wir Grüne wollen aber noch mehr. Denn fast die Hälfte aller unselbständig Beschäftigten sind in Unternehmen mit weniger als 100 Angestellten beschäftigt. Also hätte auch mit der Richtlinie nach wie vor jede:r zweite Arbeitnehmer:in in Österreich keine Möglichkeit zu überprüfen, ob das Gehalt auch wirklich fair ist. Für uns gilt das Prinzip: gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit. Daher wollen wir bereits für kleinere Unternehmen verpflichtende Einkommensberichte.

*Die EU-Lohntransparenzrichtlinie ist seit 6. Juni 2023 in Kraft. Die Umsetzung dieser in Österreich bietet eine einzigartige Gelegenheit, die Geschlechtergleichstellung zu stärken.

- KPÖ** Wir versprechen eine für die etablierten Parteien lästige Oppositionsrolle einzunehmen. Es müssen nicht EU-Verfahren abgewartet werden, um Richtlinien der EU umzusetzen, wenn diese der Geschlechtergleichstellung dienen. Eine soziale Opposition im Parlament ermöglicht auch eine bessere mediale Aufmerksamkeit, die wir sicher nutzen werden.
- FPÖ** Hier sind die Regierungsfractionen gefragt, diese müssen eine entsprechende Vorlage vorlegen. Die Umsetzung der EU-Lohntransparenzrichtlinie kann aber nur ein kleiner Teil in Bezug auf die Stärkung der Geschlechtergleichstellung sein. Es braucht dazu jedoch viele weitere Teile.
- NEOS** Wir sehen leider immer wieder, dass die Umsetzung von EU-Richtlinien in Österreich sehr lange dauert. Das hat in manchen Bereichen einerseits Nachteile für die Bevölkerung, und andererseits auch Vertragsverletzungsverfahren zur Folge. Beides soll verhindert werden, weshalb wir uns für die rasche Umsetzung der Richtlinie einsetzen.

Welche Maßnahmen trifft Ihre Partei, damit mehr Frauen* in Leitungspositionen kommen?*

SPÖ Wir setzen uns für eine Verpflichtung zur Erstellung von Einkommensberichten in Unternehmen ab 50 Arbeitnehmer*innen ein. Wir fordern die verpflichtende Evaluierung der Einkommensberichte und die Erstellung eines Maßnahmenplans, um strukturelle und finanzielle Unterschiede auszugleichen. Bei Nichteinhaltung braucht es spürbare Sanktionen. Wir fordern ein Lohntransparenzgesetz für die innerbetriebliche Offenlegung der Gehälter und Löhne sowie verpflichtende Fortschrittsberichte in Unternehmen. Wir sprechen uns klar für Quoten und eine zügige Umsetzung der „Women on Board“-Richtlinie aus.

ÖVP Wir setzen uns für die Stärkung von Frauen in Führungspositionen durch Sichtbarmachung von Vorbildern ein. Damit sollen Frauen schon frühzeitig Karrierewege aufgezeigt und echte Wahlfreiheit sichergestellt werden. Die Handreichung www.frauenfuehren.at unterstützt Unternehmen, Personalverantwortliche und Betriebsrätinnen und Betriebsräte mit Informationen und Praxisbeispielen dabei, Maßnahmen zur Erhöhung der Frauenanteile in Führungspositionen umzusetzen. Hier liegt ebenfalls ein großer Hebel bei der Erhöhung der Frauenanteile von unselbständig Beschäftigten in Führungspositionen.

GRÜNE Trotz stark steigender Zahlen an besser ausgebildeten Maturantinnen und Akademikerinnen kommen Frauen immer noch zu selten an die Spitze von Unternehmen. In Aufsichtsgremien ist der Frauenanteil dank einer Pflichtquote auf knapp 30% gestiegen. Wir möchten daher für börsennotierte Unternehmen und Unternehmen mit mehr als 1.000 Arbeitnehmer:innen auch eine verbindliche Frauenquote in den Vorständen festlegen, damit Frauen dort besser repräsentiert sind. Das wäre gut für alle, denn Frauen in Führungspositionen haben einen positiven Effekt auf den Unternehmenserfolg.

Frauen sind in Leitungsfunktionen nach wie vor unterrepräsentiert. Aktuell befinden sich 17,7% der unselbständig beschäftigten Frauen* in einer Führungsposition, bei den Männern sind es hingegen 30%.

KPÖ Wir vertreten die Quotierungen in allen Bereichen als einen Hebel in diese Richtung. Aber es geht um mehr: Oft wird Leitung als patriarchale Machtposition ausgeübt, die außerdem kaum eine Lebensführung ermöglicht, die das Zusammenleben mit Kindern, Pflegebedürftigen und Selbstfürsorge einschließt. Das ist für sehr viele Frauen unattraktiv und muss sich ändern. Auch dazu gibt es in feministischen Netzwerken viele Grundlagen und Erfahrungen.

FPÖ Die Diversität von Arbeitsweisen, Führungsstilen und Betrachtungsweisen von Mann und Frau muss als Chance für die Zukunft erkannt werden. Echte Gleichberechtigung erfordert Anerkennung der Leistungen von Frauen in verschiedenen Bereichen sowie gleiche Bezahlung und Chancengleichheit. Quoten sind lediglich Symptombekämpfung und keine nachhaltige Systemänderung. Statt auf Quoten zu setzen, sollte eine breit angelegte Förderung bereits in der Schule beziehungsweise Ausbildung erfolgen.

NEOS Um eine ernsthafte Gleichstellung im Berufsleben zu erreichen, sind die richtigen Rahmenbedingungen entscheidend. Branchenverteilung spielt noch eine Rolle, aber wichtiger ist, dass Frauen oft wegen familiärer Verpflichtungen Führungspositionen ablehnen. Im Bildungssystem braucht es ein Umdenken, dass Geschlechterunterschiede keinen Grund für verschiedene Fachbegabungen darstellen. Wir brauchen Förderprogramme, mehr Kinderbetreuung, andere Karenzregelungen und automatisches Pensionssplitting, damit Betreuungspflichten gleichberechtigt aufgeteilt werden und nicht nur Frauen Care-Arbeit machen.

Frauen* in der *Politik*

Frauen sind in der
österreichischen Politik derzeit
nicht ausreichend vertreten.*

Es besteht weder in den beiden Kammern des Parlaments noch in den neun Landtagen ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis zwischen den Abgeordneten. Speziell auf der Gemeindeebene sind Frauen* in der deutlichen Minderheit: Nur circa jede zehnte Gemeinde hat eine Bürgermeisterin*. Von den 183 Abgeordneten des Nationalrats sind derzeit 74 Frauen* (40,44%).

02



Quelle: <https://www.parlament.gv.at/recherchieren/statistiken/personen-statistiken/frauen/index.html>

Was werden Sie tun, damit der Frauen*anteil im Nationalrat dem Frauen*anteil in der Bevölkerung entspricht?

- SPÖ** Im Parteistatut der SPÖ ist eine Quotenregelung verankert, die gewährleistet, dass sich in der Listenerstellung „Halbe-Halbe“ und somit die Gleichberechtigung von Männern und Frauen niederschlägt. Genauso, wie Frauen die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, müssen Frauen auch in der Politik zu mindestens 50% vertreten sein. So liegt der aktuelle Frauenanteil für die NRW 2024 in Wien auf der Landesliste bei 50%, in den Regionalwahlkreisen haben die Frauen die Männer mit einem Anteil von 54% bereits überholt.
- ÖVP** Wir setzen uns für einen ausgewogenen Frauenanteil ein. Die Bundesliste der Volkspartei besteht aus jeweils 15 Männern und Frauen, abwechselnd gereiht. Auch auf untergeordneten Ebenen soll das Reißverschlussprinzip angewendet werden. Damit können grundsätzlich ebenso viele Frauen wie Männer gewählt werden. Es liegt an den Parteien, entsprechende Regelungen vorzusehen, der Bonus im Klubfinanzierungsgesetz für einen höheren Frauenanteil setzt einen Anreiz. Einen verpflichtenden Frauenanteil im Nationalrat lehnen wir ab, da dadurch unter Umständen nicht der Wählerwille abgebildet wird.
- GRÜNE** Wir Grüne haben den höchsten Frauenanteil im Parlament. Bereits 1987 haben wir festgelegt, dass bei uns immer mindestens die Hälfte aller Kandidat:innen weiblich sein muss. Wir sprechen uns dafür aus, dass 50% der Spitzenpositionen in allen Bereichen mit Frauen besetzt werden. Wir fördern Frauen bei den Grünen gezielt durch spezielle Fortbildungen. Wir wollen, dass Frauenquoten auch bei der Parteienfinanzierung künftig eine Rolle spielen: Durch einen Zuschuss, wenn mindestens 40% der Angestellten in einem Parlamentsklub weiblich sind.

- KPÖ** Wir sind für eine 50%-Quote für alle im Parlament und Landtagen vertretenen Parteien. In den Gemeinden sind die Strukturen zu evaluieren. Welche Hürden gibt es, dass Frauen die Herausforderung nicht annehmen können? Frausein ist kein Programm, die Quote ist aber ein wichtiges Instrument zur Aufhebung der männerbündischen Strukturen in der Politik.
- FPÖ** Wir haben viele Frauen, die sich in der FPÖ engagieren. Und wir haben in unterschiedlichen Gremien einen unterschiedlich hohen Frauenanteil. Viele unserer Mitarbeiter sind Frauen. Eine verpflichtende Frauenquote in Bezug auf politische Ämter lehnen wir ab.
- NEOS** Eine genaue Planung des Frauenanteils ist ziemlich schwierig, da selbst bei vollständig paritätischer Besetzung durch verschiedene Ergebnisse auf Landeslisten einfach nicht prognostiziert werden kann, wie sich Mandate auf Kandidat:innen verteilen. Um den Frauenanteil in der Politik zu heben, bietet aber beispielsweise das NEOS Lab eigene Mutmacherinnen Kurse an, damit mehr Frauen sich diese Aufgabe auch zutrauen und NEOS-Wahllisten einen noch höheren Frauenanteil erreichen.

Welche internen Frauen*förderungsprogramme hat Ihre Partei entwickelt?

- SPÖ** Eine wichtige Säule unserer Frauenförderung ist die Frauenakademie, die das Karl-Renner-Institut veranstaltet. Es geht dabei um Stärkung und bundesweite Vernetzung. Weiters gibt es den Adelheid-Popp-Lehrgang „Empowerment für Frauen“.
- ÖVP** Als Volkspartei fördern wir Frauen auf allen Ebenen und in allen unseren Teilorganisationen. Dafür gibt es von der Jungen ÖVP bis hin zum Wirtschaftsbund eigene Frauenförderprogramme, um Frauen zu motivieren, am politischen Gestaltungsprozess teilzunehmen und ihre Stimme einzubringen. Die ÖVP Frauen als Teilorganisation der Volkspartei widmen sich dem Thema Gleichstellung von Männern und Frauen intensiv und unterstützen Frauen durch zahlreiche Initiativen. In ihrem Podcast „Frauenpolitik Neu Denken“ werden die aktuellen Herausforderungen von Frauen angesprochen und Lösungsansätze diskutiert.
- GRÜNE** Siehe vorige Antwort

- KPÖ** Die KPÖ hat die Quote auf allen Leitungsebenen. Sollten weniger Frauen – auch aufgrund Mehrfachbelastungen – kandidieren, wird die Zahl der Männer ebenfalls herabgesetzt. Wir haben Frauenstrukturen und -seminare. Die bundesweite Frauenversammlung wählt die Frauensprecherin und kann über Anträge, die insbesondere Frauenleben betreffen, autonom entscheiden.
- FPÖ** Mit der Frauen-Akademie bieten wir eine speziell auf Frauen ausgerichtete Ausbildung an, die bundesweit angeboten wird und mit einem Zertifikat schließt. Selbstverständlich sind Frauen bei allen Seminaren und sonstigen Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten sehr willkommen und nehmen dieses Angebot auch an.
- NEOS** NEOS haben verschiedene Programme und Initiativen ins Leben gerufen, um Frauen zu ermutigen, sich politisch zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen. Unser Promotorinnen/ Mutmacherinnen Programm besteht aus mehreren Modulen. Interessierte Frauen werden durch Trainings und den Austausch mit Politikerinnen darauf vorbereitet, erfolgreich für politische Ämter zu kandidieren. Über unsere Plattform EmpowHer vernetzen wir Frauen aus unterschiedlichen Bereichen, um gemeinsam festgefahrene Strukturen aufzubrechen. Zudem haben wir in unserem Talenteentwicklungsprogramm eine selbst auferlegte Quote.

Sorgearbeit, Pflege & Vereinbarkeit

Der Beitrag von Männern zur Hausarbeit und zur Sorge für Kinder und pflegebedürftige Angehörige ist konstant niedrig.

Die aktuelle Zeitverwendungserhebung der Statistik Austria zeigt, dass Frauen und Mädchen durchschnittlich 3 Stunden und 58 Minuten, Männer und Buben durchschnittlich 2 Stunden und 26 Minuten täglich an unbezahlter Arbeit leisten. Bei der Karenz besteht ebenfalls Aufholbedarf: Nur 13% der Väter beteiligen sich österreichweit an der Elternkarenz, der Großteil nimmt dabei weniger als 3 Monate in Anspruch.



Quelle: <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/zeitverwendung>, <https://www.verwaltung.steiermark.at/cms/beitrag/12935594/173129316/#:-:text=Was%20sagen%20die%20Zahlen%20zu,sogar%20rund%20Dreiviertel%20der%20Frauen>

Was werden Sie tun, um die Beteiligung der Männer an unbezahlter Haus- und Sorgearbeit sowie an der Elternkarenz auszubauen?

SPÖ

Damit Gleichstellung endlich Wirklichkeit wird, braucht es einen gesellschaftlichen Wandel, der sich auch in guten Gesetzen niederschlägt. Halbe-Halbe in der Karenz ist möglich. In Norwegen z.B. gehen 9 von 10 Männern in Karenz. Wir fordern klare gesetzlich abgesicherte Ansprüche auf geteilte Karenz bei gleichzeitiger Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen. Eltern können sich so die Familienarbeit von Beginn an teilen. Die Möglichkeiten für Frauen im Beruf verbessern sich damit drastisch, Männer übernehmen von Anfang an Verantwortung und ihren Anteil an der unbezahlten Arbeit.

ÖVP

Wir halten die Beteiligung von Männern an unbezahlter Haus- und Sorgearbeit sowie an der Elternkarenz für sinnvoll. Gerade bei den jüngeren Generationen zeigt sich ein positiver Trend. So lehnen junge Paare geschlechtsspezifische Rollenzuteilungen viel eher ab. Es besteht ein starker Wunsch nach einer gerechteren Aufteilung. Mit dem Frauenfonds LEA, der im Rahmen von Schul-Workshops einen Raum für Austausch über diese Themen schafft, haben wir hier bereits wichtige Akzente gesetzt. Jedoch sollen derartige Entscheidungen weiterhin von den Familien und nicht vom Staat getroffen werden.

GRÜNE

Das Kinderbetreuungsgeld soll vereinfacht werden. Ängste und Vorurteile, die der Väterbeteiligung an der Sorgearbeit im Wege stehen, sollen durch Information abgebaut werden. Etwa durch den Hinweis auf den Rechtsanspruch für den Papamonat und die Karenz. Auch Unternehmen sollen mit ins Boot geholt werden. Mit dem Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem 1. Geburtstag, einer partnerschaftlichen Elternteilzeit, dem Ausbau von Kindergärten und ganztägigen Schulformen wird Familie und Beruf leichter vereinbar und auch die Teilzeitquote gesenkt.

KPÖ

Die materielle Abhängigkeit durch die ungerechte Entlohnung und die Sichtbarkeit von Frauenarbeit ist entscheidend. Solange das höhere Einkommen der Männer den Ausbau der Elternkarenz verunmöglicht, die eigenständige materielle Absicherung von Frauen, wird sich schwer was ändern lassen.

FPÖ

Die Organisation der Sorgearbeit, des Haushaltes und anderer familiärer Arbeiten ist eine private Angelegenheit. Das Bewusstsein in den Familien und der Bevölkerung hat sich in den letzten Jahren bereits massiv geändert. Der Staat hat sich nicht einzumischen.

NEOS

Wir fordern eine Karenzregelung, die für jeden Elternteil einen individuellen Karenzanspruch bietet, wobei die nicht-übertragbaren Karenzzeiten für beide Elternteile gleich lang sein sollen. Die Verteilung von Haus- und Sorgearbeit ist politisch sehr schwierig zu steuern, durch Änderungen im Bildungssystem, sodass Geschlechtsstereotype abgebaut werden können, wollen wir aber an diesem Umschwung mitarbeiten. Ein hochwertiges, zeitlich flexibles, kostenloses und flächendeckendes Betreuungsangebot ab dem 1. Lebensjahr ist die Basis dafür, dass Eltern einem existenzsichernden Job nachgehen können.

Was tun Sie, um die notwendigen finanziellen Mittel für die Länder bereitzustellen?*

SPÖ Gute Bildung, die gleiche Chancen für alle bietet, ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Frauen und Männer den Wunsch nach Halbe-Halbe in der Praxis leben können. Wir fordern einen Rechtsanspruch auf einen Gratis-Kinderbildungsplatz ab dem 1. Lebensjahr, Öffnungszeiten, die mit einem Vollzeitarbeitsplatz vereinbar sind (VIF-Kriterien), ein gratis Mittagessen für alle Kinder in Bildungseinrichtungen bis inklusive Unterstufe, ein bundeseinheitliches Rahmengesetz für Elementarpädagogik, eine Personaloffensive sowie bessere Entlohnung für Beschäftigte.

ÖVP Die Schaffung eines flächendeckenden Angebots an Kinderbetreuung ist ein Gewinn für Kinder, Eltern und Unternehmen. Im Zuge des Finanzausgleichs stellen wir den Ländern und Gemeinden daher 4,5 Milliarden Euro zur flächendeckenden Versorgung von Kinderbetreuung für alle Familien zur Verfügung. Damit soll einerseits ausreichend und qualifiziertes Betreuungspersonal und andererseits ein bedarfsgerechter qualitativer Ausbau der Betreuungsplätze sichergestellt werden.

GRÜNE Elementarpädagogik und der Ausbau von ganztägigen Schulen sind uns ein großes Anliegen. Zuständig sind hier die Bundesländer und die Gemeinden. Der Bund hat in dieser Regierung 4,5 Milliarden Euro in die Hand genommen, um beim Ausbau von Kindergärten zu unterstützen. Bis 2030 fließen nun jährlich in Summe über 700 Millionen Euro dafür an die Länder.

*Ein qualitativ hochwertiges, zeitlich flexibles, kostenloses und flächendeckendes Kinderbetreuungsangebot ab dem 1. Lebensjahr ist die Basis dafür, dass Eltern einer existenzsichernden Beschäftigung nachgehen können.

KPÖ Es braucht ein bundesweites Gesetz, das auch Betreuungsschlüssel, Qualifikationsanforderungen u. Ä. einheitlich regelt und die Bereitstellung der materiellen Ressourcen für den laufenden Betrieb sicherstellt. Die Gemeinden sind oft mit der Finanzierung des laufenden Betriebs überfordert und können deshalb das zur Verfügung stehende Geld für die Errichtung nicht beanspruchen.

FPÖ Wir wollen ein „Kinderbetreuungs-Zuschussgesetz“ mit einer bundeseinheitlichen Finanzierung der Elementarpädagogik-Angebote. Aus unserer Sicht müssen die Eltern aber eine echte Wahlfreiheit in Bezug auf die Kinderbetreuung haben. Im Fokus steht, dass Eltern die Möglichkeit haben sollen, in den ersten Lebensjahren selbst bei ihren Kindern bleiben zu können, wenn sie das wollen. Eltern, die ihre Kinder in den ersten Lebensjahren zu Hause großziehen und sich selbst um die Betreuung kümmern, sollen auch finanzielle Sicherheit haben.

NEOS Wir setzen uns für einen Stufenplan ein, der jedem Kind ab dem 1. Geburtstag einen kostenlosen Bildungs- und Betreuungsplatz sichert. Dafür braucht es auch einen Plan für bessere Arbeitsbedingungen in kleineren Gruppen. Mehr Plätze und kleinere Gruppen in Kindergarten, Krippe und Krabbelstube kosten Geld, das sich aber auszahlt. Norwegen und Island investieren jährlich 2% ihres BIP in Elementarpädagogik, Österreich nur 0,7%. Wir fordern, diesen Anteil schrittweise zu steigern und zur Europaspitze aufzuschließen.

Was werden Sie tun, um pflegende Angehörige zu entlasten und welches Modell präferieren Sie im Bereich Pflege für die Zukunft?*

SPÖ Die Unterstützung von Menschen mit Pflegebedürftigkeit ist eine gemeinsame Aufgabe von Gesellschaft, Profis und An- und Zugehörigen. Um pflegende Angehörige besser unterstützen und entlasten zu können, braucht es ein Bündel an Maßnahmen: Beratung und Betreuung durch geschultes Personal von Beginn der Pflegebedürftigkeit bis zu ihrem Ende, flächendeckende Verfügbarkeit mobiler Dienste (Hauskrankenpflege, Heimhilfe, Alltagsbegleitung, Besuchsdienste) sowie teilstationärer Angebote (Tageszentren). Für berufstätige pflegende Angehörige braucht es Verbesserungen im Arbeitsrecht.

ÖVP Pflegende Angehörige erhalten künftig ab dem ersten Tag finanzielle Unterstützung für Ersatzpflege, um sich z.B. einen Tag pro Woche freizunehmen. Je nach Pflegestufe beträgt die Unterstützung 1.200 bis 2.500 Euro pro Jahr. Der Bezieherkreis wird auf Lebensgefährten, Pflegeeltern sowie Tanten und Onkel erweitert, sodass mehr Menschen Ersatzpflege nutzen können. Der „Pflege daheim“-Bonus und die Pflege daheim, sowie die Palliativ- und Hospizversorgung im ländlichen Raum sollen weiter ausgebaut werden.

GRÜNE Community Nurses sollen den Menschen in ihrem Zuhause dabei helfen, möglichst gesund zu bleiben und den Pflegebedarf möglichst gering zu halten. Auch Gesundheitskioske und Primärversorgungszentren geben die Möglichkeit, niederschwellige Gesundheitsberatung zu bekommen. Ziel ist, die gesunden Lebensjahre zu steigern. Wir setzen uns für eine Professionalisierung in der Pflege ein, um Pflegebedürftigen jene Unterstützung zukommen lassen zu können, die sie brauchen. Das entlastet vor allem auch die pflegenden Angehörigen.

80% der pflegebedürftigen Menschen in Österreich werden zu Hause gepflegt. Zu einem Großteil wird diese oft schwierige Aufgabe von Frauen (Angehörige und/oder 24-Stunden-Betreuung) geleistet. Zukunftsprognosen gehen von einem starken Anstieg der zu Pflegenden

KPÖ Viele pflegebedürftige Menschen sind gesundheitlich durchaus in der Lage, in ihrer vertrauten Wohnumgebung zu bleiben. Voraussetzung ist, dass sie sich das auch leisten können. Unabhängig vom Betreuungsausmaß, welches Betroffene zu Hause in Anspruch nehmen, sorgen Ausgleichszahlungen dafür, dass den Betroffenen die Höhe der Mindestpension erhalten bleibt. Ebenso braucht es jährliche Anpassungen des Pflegegeldes in der Höhe der Pensionsanpassung, die Anstellung und gerechte Entlohnung pflegender Angehöriger und der Community Nurses in ganz Österreich.

FPÖ Die häusliche Pflege vor Ort ist jenes Betreuungs- und Pflegeformat, das sich der überwiegende Teil der Betroffenen wünscht, sofern medizinisch möglich ist. Dafür braucht es eine umfassende Neuaufstellung der organisatorischen, personellen und finanziellen Grundlagen: Erhöhung des Pflegegeldes um 50% ab Pflegestufe 3 bei häuslicher Pflege, die Förderung von baulichen Maßnahmen für Pflege und Betreuung daheim sowie die Sicherstellung von baulichen Vorkehrungen für künftigen Pflegebedarf im Bereich der Wohnbauförderung und im Steuerrecht (Absetzbarkeit).

NEOS Trotz aller Kritik an mangelnder Weiterentwicklung in der Pflege, hat die Entlastung von pflegenden Angehörigen in den letzten Jahren einige positive Fortschritte gemacht. Damit diese aber nicht nur in Fürsorge stecken, braucht es einen Ausbau der mobilen Pflege zur professionellen Unterstützung von pflegenden Angehörigen und mehr Aufschulungsmöglichkeiten. Entlastung könnte es auch durch die Förderung von innovativen Wohnformen geben, sodass nicht die ganze Last bei pflegenden Angehörigen liegt.

Was werden Sie tun, um die Pflegesituation kurz- und mittelfristig zu ändern?*

SPÖ Die 24-Stunden-Betreuung ist zu einem fixen Bestandteil des Pflegesystems geworden. Die Bedingungen, unter denen viele Betreuer*innen ihre Tätigkeit verrichten, sind vielfach katastrophal. Es braucht ein Maßnahmenbündel, um Rahmenbedingungen vorzugeben: Die Rechte und Pflichten aller Beteiligten (unterstützungsbedürftige Menschen, Angehörige, Betreuer*innen, Agenturen) müssen durch ein neues Rahmengesetz klar geregelt werden. Das Gesetz soll für unselbständig als auch selbständige Personenbetreuer*innen gelten und die Lebens- und Arbeitsbedingungen verbessern. Es braucht dafür EU-Regelungen.

ÖVP Die 24-Stunden-Betreuung ist ein unerlässlicher Bestandteil der Pflege. Auch dabei sind wir auf Pflegefachkräfte aus dem Ausland angewiesen. Wir haben weitreichende Maßnahmen umgesetzt, um die Rahmenbedingungen für Pflegeberufe attraktiver zu gestalten und schnellere Verfahrensabläufe bei den zuständigen Niederlassungsbehörden durch die Pflegereform geschaffen. Gleichzeitig werden wir durch die Gesundheitsreform 11 Milliarden Euro zusätzlich in den Gesundheits- und Pflegebereich investieren, wodurch Verbesserungen beim Pflegepersonal durch Gehaltsbonus oder Entlastungswochen erzielt werden.

GRÜNE Auf lange Sicht gesehen braucht es ein gemeinsam auf EU-Ebene koordiniertes Vorgehen zur Anwerbung von Pflegekräften aus dem Ausland. Kurz- und mittelfristig wurden bereits die Anerkennung von im Ausland erworbenen Ausbildungen wesentlich erleichtert und die Förderungen der 24-Stunden-Betreuung angehoben. Wir sehen die Zukunft in der häuslichen Pflege im Bereich der Community Nurses, Gesundheitskioske und Primärversorgungszentren. Der niederschwellige Zugang ermöglicht präventive Arbeit, um mehr gesunde Lebensjahre zu erreichen und im Pflegefall schnell und flexibel reagieren zu können.

*Die 24-Stunden-Betreuung ist ein wichtiger Bestandteil des österreichischen Pflegesystems. Der überwiegende Teil der Betreuer*innen stammt aus den EU-Oststaaten und übt diese Tätigkeiten als selbständig Erwerbstätige aus. Wegen schlechter Bezahlung wandern Betreuer*innen nach Deutschland oder in die Schweiz ab, wo bessere Bedingungen herrschen. Doch die Pflegeheime können die Lücken nicht schließen.

KPÖ Wir werden die Anliegen der IG24 <https://ig24.at/de/> ins Parlament bringen. Schließlich muss die Situation von 24-Stunden-Betreuer:innen endlich gerecht geregelt werden. Menschen, überwiegend migrantische Frauen, die diese Arbeit leisten, haben ein Anrecht auf echte Anstellung zuwürdigen Löhnen, statt Scheinselbständigkeit.

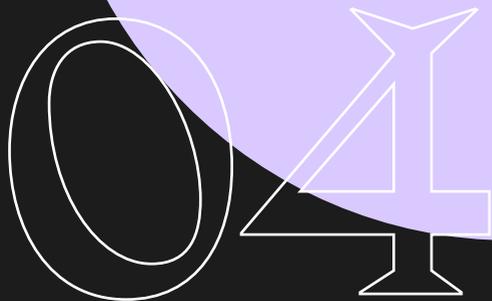
FPÖ Die freiheitliche Sozialpolitik fordert: Neuorganisation der 24-Stunden-Betreuung durch eine Bundesgenossenschaft für Pflege und Betreuung. Umfassende gerechte Förderung der 24-Stunden-Betreuung, sodass diese keine Frage der persönlichen finanziellen Leistungsfähigkeit ist. Forcierung der Sozial- und Gesundheitssprengel als Drehscheibe für die Pflege vor Ort. Verbesserte Arbeitsbedingungen und finanzielle Anerkennung für Pflegekräfte. U.a. jährliche Valorisierungsgarantie und Steuerbefreiung für Prämien, Überstunden und Zuschläge. Höhere Zuschläge für Nacht-, Sonn- und Feiertagsdienste.

NEOS Wir fordern die Schaffung eines Berufsprofils für 24-Stunden-Betreuung, die eine gewisse Aufwertung und Kompetenzanerkennung darstellt. Generell braucht es natürlich auch eine Änderung und Sicherstellung des Finanzierungssystems, sowie stärkere Qualitätskontrollen und ein strengeres Vorgehen gegen Scheinselbstständigkeit.

Gewalt gegen Frauen* und Mädchen*

Mit Stand 02.08.2024
verzeichnet Österreich
15 Femizide und
26 Mordversuche bzw.
Fälle schwerer Gewalt.

Recherchen zeigen, dass ein Teil der ermordeten Frauen* vor der Tat keinen Kontakt zu einer Hilfseinrichtung hatte.



Quelle: <https://www.aeof.at/index.php/zahlen-und-daten/femizide-in-oesterreich>

Was unternehmen Sie, damit Hilfseinrichtungen für die von Gewalt betroffenen Frauen* (speziell am Land) ausgebaut werden und Betroffene darüber gut informiert werden?

- SPÖ** Die tägliche Arbeit der Frauen- und Mädchenberatungsstellen sowie der Gewalt- und Opferschutzeinrichtungen in ganz Österreich verdient großen Respekt und Wertschätzung. Die Politik muss endlich Verantwortung übernehmen und die Lücken im Gewaltschutz durch einen Nationalen Aktionsplan (NAP) Gewaltschutz schließen. Diesen hat es auf Initiative der damaligen SPÖ-Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek bereits 2014 gegeben. Mit dem NAP zum Schutz von Frauen vor Gewalt bekannte sich die gesamte Bundesregierung zu Null Toleranz gegenüber Gewalt gegen Frauen. Wir fordern die Umsetzung.
- ÖVP** Es ist unser erklärtes Ziel, dass jede Frau in Österreich in Sicherheit leben kann und im Fall von Gewaltbetroffenheit nicht alleine gelassen wird. Im Jahr 2024 stehen 33,6 Millionen Euro für das Frauenbudget zur Verfügung, von welchem der Großteil für Gewaltprävention an Frauen eingesetzt wird. Der österreichweite Ausbau eines umfassenden Beratungs- und Opferschutzangebotes für Frauen und Mädchen war einer der zentralen Schwerpunkte. Zudem wurde in den letzten Monaten eine Gewaltschutzstrategie mit Fokus auf Beratung und Unterstützung gewaltbetroffener Frauen in Österreich erarbeitet.
- GRÜNE** Wir sichern die Frauen- und Mädchenberatungsstellen finanziell ab und bauen das Betreuungs- und Beratungsangebot aus. Neben dem Ausbau des Projekts StoP, bei dem es darum geht, Gewalt von vornherein zu verhindern, werden Gewaltambulanzen mit mobilen Teams für die ländlichen Regionen als Drehscheibe zu den Opferschutzeinrichtungen bundesweit ausgerollt. Gezielte Kampagnen sollen helfen, noch besser über Gewaltschutzprogramme zu informieren und Männer aktiv in die Verantwortung zu nehmen. Die Täterarbeit soll durch Anti-Gewalt-Trainings, Community- und geschlechtersensible Jugendarbeit verstärkt werden.

- KPÖ** Wir stehen regelmäßig in Kontakt mit den österreichischen Frauenhäusern und anderen Gewaltschutzorganisationen und werden deren Forderungen ins Parlament tragen. Dazu gehören zum Beispiel der Aufbau von Frauenhäusern in jedem österreichischen Bezirk und deutlich mehr Vollzeitkräfte für die Gewaltprävention.
- FPÖ** In Österreich sind die Bundesländer für die Finanzierung der Frauenhäuser zuständig. Wir besuchen regelmäßig Frauenhäuser, um uns vor Ort ein Bild zu machen und mit den Betroffenen zu reden und abzuklären, was wirklich gebraucht wird. Aktuell braucht es ausreichend Plätze für Kinder. Und wir brauchen eine finanzielle Absicherung der Schutz-Einrichtungen und Beratungsstellen. Informationen für die Betroffenen sollten noch niederschwelliger erfolgen, etwa in Arztpraxen oder auf Kassenbon von Supermärkten.
- NEOS** Das vorhandene Angebot im Gewaltschutz ist generell gut und weitflächig ausgebaut. Der große Mangel liegt aber bei den verfügbaren Informationen, da das System durch die Vielfalt an Einrichtungen und Anlaufstellen sehr zersplittert ist. Hier braucht es einen besseren Informationsfluss zu Betroffenen (z.B. mithilfe einer Informationsplattform mit einer übersichtlichen und vollständigen Zusammenstellung aller Gewaltschutzzentren und Frauenhäuser oder eines One-Stop-Shops für Betroffene) – damit diese auch schnell und unkompliziert herausfinden können, wo sie die nötige Hilfe erhalten können.

Was tun Sie, um präventiv gegen Männergewalt zu wirken?

- SPÖ** Gewaltprävention beginnt bereits an den Schulen und muss sich an Burschen und Mädchen richten. Wenn wir Gewalt beenden wollen, müssen wir schon bei den Kleinsten beginnen. Schwerpunkte wie Gleichberechtigung, Aufbrechen von Rollenbildern und Gewaltprävention müssen verstärkt thematisiert werden. Männerarbeit benötigt eine solide finanzielle Ausstattung.
- ÖVP** Mit der Erhöhung der Zahl der Präventionsbediensteten um mehr als das Doppelte, der Einführung eines obligatorischen Waffenverbotes nach einem Betretungs- und Annäherungsverbot, dem Ausbau der psychosozialen Prozessbegleitung sowie mit neuen Beratungsstellen für Gewaltprävention hat die Bundesregierung den Kampf gegen Gewalt an Frauen und Mädchen deutlich erhöht. Zusätzlich werden fortlaufend zielgruppenspezifische Maßnahmen gesetzt, die sich an Männer und Burschen richten.
- GRÜNE** Siehe vorige Antwort

- KPÖ** Siehe vorige Antwort
- FPÖ** Gewalt ist nicht zu tolerieren. Es ist das Grundrecht jeder Frau, sich frei und ohne Angst, jederzeit und überall bewegen zu können. Der öffentliche Raum muss dementsprechend gestaltet sein. Wir stehen für Opferschutz vor Täterschutz, Anerkennung unseres Frauenbildes, Verschärfung der Strafen für Gewalt- und Sexualstraftdelikte sowie die sofortige Abschiebung ausländischer Täter. Ferner braucht es Sensibilisierungskampagnen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und zur Förderung von Gleichstellung und Respekt.
- NEOS** Es braucht schon im Kindesalter einen anderen Umgang mit Rollenbildern, wir sehen bei häuslicher Gewalt sehr oft einen Zusammenhang mit psychischer Gesundheit und ein mangelhaftes Verständnis in der gesellschaftlichen Debatte darüber. Mit Bewusstseinskampagnen kann hier ein guter Schritt gesetzt werden, es braucht aber auch schon bei vermeintlich geringen Anzeichen von Gewalt ein schnelleres Greifen von Ursachenforschung nach den Tatmotiven, Opferschutzsystemen und Täterarbeit wie im Rahmen von Therapieangeboten.

Welche Bemühungen gibt es seitens Ihrer Partei, um bewusstseinsbildend zu wirken und verbale sexuelle Belästigung strafbar zu machen?*

SPÖ Verbale sexuelle Belästigung im öffentlichen Raum ist inakzeptabel. Nach dem Grundsatz, das Strafrecht ist das letzte Mittel, sollte dieser Tatbestand zunächst im Verwaltungsstrafrecht implementiert und nach einer Evaluierungsphase eine Verankerung im Strafrecht diskutiert werden. Gesetze wie den Po-Grapsch-Paragraphen haben wir bereits umgesetzt, nun braucht es eine zügige Weiterentwicklung in Bezug auf verbale und auch digitale Gewalt. Wir setzen bereits eine parlamentarische Initiative, um das ungefragte Versenden von „Dickpics“ unter Strafe zu stellen. Diese wurde von ÖVP und Grünen mehrfach vertagt.

ÖVP Als Volkspartei verurteilen wir verbale sexuelle Belästigung ebenso wie jede andere Form von Belästigung. Wir setzen uns dafür ein, dass jede Frau in Österreich in Sicherheit und Freiheit leben kann. Mit der Erhöhung der Zahl der Präventionsbediensteten um mehr als das Doppelte und neuen Beratungsstellen für Gewaltprävention hat die Bundesregierung den Kampf gegen Gewalt bereits deutlich erhöht. Eine mögliche Aufnahme von verbaler sexueller Belästigung ins Strafgesetzbuch muss jedoch immer auf Treffsicherheit überprüft werden, denn uns geht es um echte Verbesserungen für Mädchen und Frauen.

GRÜNE Gewalt hat viele Formen: körperliche, sexualisierte, psychische oder eben auch verbale Gewalt. Wir stehen dafür, den Gewaltbegriff um Gewaltformen wie Catcalling zu erweitern und diese zukünftig sanktionieren zu können. Einen Schwerpunkt setzen wir auf frühzeitige bewusstseinsbildende Begleitmaßnahmen wie die Fortführung der erfolgreichen Kampagne „MannSprichtsAn“ und geschlechtersensible Arbeit mit Buben und Mädchen. Denn je früher wir ansetzen, desto eher überwinden wir toxische Verhaltensweisen, fördern eine nachhaltige Gewaltprävention und erhöhen die Sicherheit für alle.

Gewalt gegen *Frauen** und *Mädchen**

Verbale sexuelle Belästigung („Catcalling“) betrifft viele Frauen, kann emotional sowie psychisch belasten und schlimmstenfalls zu körperlichen Symptomen führen. Verschiedene europäische Länder wie Spanien, Frankreich oder die Niederlande haben „Catcalling“ bereits in ihr Strafgesetzbuch aufgenommen.

KPÖ Wir werden hier mit „Die Juristinnen“ einen Entwurf erarbeiten, wie wir in Österreich gut gegen Catcalling vorgehen können.

FPÖ Wir sind gegen jegliche Form von Gewalt gegen Frauen. Entsprechende Anzeigen sind ernst zu nehmen, es muss rasch gegengesteuert werden. Wir sind für Opferschutz vor Täterschutz. Das Strafmündigkeitsalter muss abgesenkt werden. Ausländische Täter sind sofort abzuschieben.

NEOS Im Rahmen der Bewusstseinsbildung sind wir natürlich als Partei aktiv und haben auch sehr umtriebige Abgeordnete auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene, die sowohl Hass im Netz als auch analoge Belästigung thematisieren und auf Verbesserungen in diesem Bereich hinarbeiten.

Frauen* gesundheit

1973 wurde der Schwangerschaftsabbruch in Österreich unter gewissen Voraussetzungen straffrei gestellt.

Dennoch sind ungewollt Schwangere immer noch großen Schwierigkeiten ausgesetzt, wenn sie einen Abbruch durchführen wollen: Hohe Kosten und die mangelnde wohnortnahe Versorgung haben negative Auswirkungen auf die Selbstbestimmung der Frauen*.

OS



Quelle: <https://www.gesundheit.gv.at/leben/eltern/schwangerschaft/info/schwangerschaftsabbruch-gesetzliche-regelungen.html>

Was werden Sie tun, um den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen für ungewollt Schwangere wohnortnah und kostenlos zu ermöglichen?

SPÖ Jede Frau muss das Recht auf einen sicheren, legalen und kostenfreien Schwangerschaftsabbruch haben. Das ist aus unserer Sicht Teil einer ganzheitlichen Gesundheitsversorgung. Schwangerschaftsabbrüche müssen Teil der medizinischen Versorgung sein und als Kassenleistung angeboten werden. Schwangerschaftsabbrüche sollen flächendeckend, niederschwellig und kostenfrei in ganz Österreich zur Verfügung gestellt werden. Die Kostentragung sollte steuerfinanziert über die Länder, als Träger der Krankenanstalten, erfolgen. Darüber hinaus fordern wir eine Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs.

ÖVP Frauen dürfen sich bei der schwierigen und schwerwiegenden Entscheidung über einen Schwangerschaftsabbruch nicht alleine gelassen fühlen. Es ist daher entscheidend, Frauen in dieser herausfordernden Situation bestmöglich zu unterstützen. Als Politik und Gesellschaft haben wir die Aufgabe, jene Rahmenbedingungen zu schaffen, die Schwangerschaftsabbrüche vorbeugen und Frauen im Falle von ungewollten Schwangerschaften auch Perspektiven aufzeigen. Daran arbeiten wir konsequent weiter.

GRÜNE Wir unterstützen jegliche Maßnahmen hin zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen in Wohnortsnähe und eine Kostenübernahme durch die Krankenkasse. In einem ersten großen Schritt haben wir entsprechend dafür gesorgt, dass die „Mifegyne“ nun auch durch niedergelassene Gynäkolog:innen für den medikamentösen Schwangerschaftsabbruch verschrieben werden kann. Abbrüche sind reguläre medizinische Eingriffe und sollten somit nicht im Strafgesetzbuch geregelt sein. Wir kämpfen dafür, dass es österreichweite Angebote für kostenfreie, legale und sichere Schwangerschaftsabbrüche in öffentlichen Spitälern gibt.

KPÖ Mit vielen feministischen Organisationen fordern wir die Möglichkeit des kostenlosen Abbruchs in allen öffentlichen Spitälern in ganz Österreich. Wir fordern auch Verbotszonen für radikale Abtreibungsgegner.

FPÖ Wir halten die derzeitigen Regelungen für ausreichend. Aus unserer Sicht gibt es hier derzeit keinerlei Änderungsbedarf. Unser Ziel ist es, Abtreibungen so weit wie möglich zu verhindern. Freiheitliche Familienpolitik rückt die Familie in den Mittelpunkt. Ein unbe-schwertes „Ja“ zu Familie und Kindern ist das Ziel. Die Entscheidung für Familie und Kinder darf nicht zu persönlichen, finanziellen oder beruflichen Nachteilen führen.

NEOS Es braucht jedenfalls mehr Bereitschaft der Bundesländer, die Versorgung auch wirklich sicherzustellen und öffentliche Krankenhäuser sollten Abbrüche daher anbieten. Um einen gleichwertigen Zugang für alle Frauen in dieser Situation sicherzustellen, sind Förderprogramme/reduzierte Kostensätze etc. von den Bundesländern zu begrüßen.

Wie stehen Sie zu einer kostenlosen Ausgabe von Menstruationsprodukten und Verhütungsmitteln?*

SPÖ Wir setzen uns für einen kostenfreien Zugang zu Verhütungsmitteln ein. Allzu oft entscheiden die finanziellen Möglichkeiten darüber, welche Verhütungsmethode angewendet wird. Jede Frau soll frei wählen können, welche Methode für sie passt. Weiters fordern wir die kostenlose Bereitstellung von Hygieneprodukten am Arbeits- und Ausbildungsplatz sowie in allen öffentlichen Toiletten. Außerdem wollen wir das Selbstbewusstsein von Mädchen durch Enttabuisierung der Menstruation und Aufklärung, etwa an Schulen sowie durch öffentlichkeitswirksame Sensibilisierungskampagnen, stärken.

ÖVP Als Volkspartei vertreten wir den Standpunkt, dass Damenhygiene kein Luxus sein darf. Aus diesem Grund wurde im Jahr 2020 die Mehrwertsteuer von 20 auf 10% gesenkt, weil Menstruationsprodukte zum Grundbedarf zählen. Eine kostenlose Zurverfügungstellung von Menstruationsprodukten und Verhütungsmitteln von Seiten des Staates lehnen wir jedoch aus Kostengründen ab.

GRÜNE Sichere Verhütung und eine gute Menstruationsgesundheit dürfen keine Frage der Geldbörse sein. Wir setzen uns für kostenfreie Verhütungsmittel in Österreich ein. So unterstützen wir eine selbstbestimmte Familienplanung, reduzieren ungewollte Schwangerschaften und schützen vor Geschlechtskrankheiten. Es wäre besonders für junge Frauen eine spürbare finanzielle Entlastung. Ein diesbezüglich großer Erfolg ist der von uns halbierte Steuersatz auf Periodenartikel. Ein nächster Schritt ist die Bereitstellung kostenloser Menstruationsartikel, um die Selbstbestimmung der Frauen weiter zu stärken.

Für viele Frauen und Mädchen* stellt die Menstruation eine große finanzielle Belastung dar – Periodenprodukte gehören jedoch zur Grundversorgung und sollten keine Privatsache sein. Außerdem tragen laut dem österreichischen Verhütungsbericht des Gesundheitsministeriums 46% der befragten Frauen* die Verhütungskosten alleine – 37% der Frauen* würden anders verhüten, wenn sie die Kosten nicht selbst tragen müssten.

KPÖ Frankreich zeigt, es geht. In Frankreich sind Verhütungsmittel für alle unter 25 gratis. Die Folge: Weniger ungewollte Schwangerschaften, weniger Stress, mehr Selbstbestimmung und dadurch besserer Sex. Das brauchen wir auch!

FPÖ Diese Diskussion führt an der Realität vorbei, es wird der Eindruck vermittelt, dass es keine zentraleren Themen gebe, die unbedingt angegangen werden müssten. Die gibt es aber: Frauen – wie Männer – erleben gerade eine massive Teuerungswelle. Familien, Alleinerzieherinnen, Pensionistinnen, sie alle müssen gerade jeden Cent fünfmal umdrehen und trotzdem „bleibt am Ende des Geldes noch zu viel Monat übrig“.

NEOS Wir haben die Steuer auf Menstruationsprodukte halbiert, damit wurde ein wichtiger Schritt gesetzt. Nachdem es nur in seltenen Fällen eine Wahl gibt, ob man diese Produkte braucht, darf es keine Frage des Luxus seins, ob man sich diese leisten kann. Bei der Frage nach gratis Menstruationsprodukten ist es aber auch wichtig, dass diese treffsicher abgegeben werden an diejenigen, die sie sich nicht leisten können. Hier müssen die effizientesten Lösungen erst erarbeitet werden. Zumindest für Jugendliche unter 18 sollten aber auch Verhütungsmittel jedenfalls kostenfrei zur Verfügung stehen.

Was werden Sie in anderen Bereichen tun, um die Gleichstellung der Geschlechter voranzutreiben?

SPÖ Für uns als SPÖ ist das Prinzip der Gleichstellung der Geschlechter bzw. Halbe-Halbe in allen Lebensbereichen und Politikfeldern verankert und ist mit Forderungen und vielfältigen Maßnahmen unterlegt. Zusätzlich zu den bereits angesprochenen Bereichen „bezahlte und unbezahlte Arbeit“, „Wirtschaft“, „Gesundheit“ planen wir unter anderem Verbesserungen im „Gender-Budgeting“, in der „Entwicklung und Anwendung von Künstlicher Intelligenz (KI)“ sowie beim „Fair Play in Kultur, Sport und Kultur“. Grundlage ist jedenfalls eine finanzielle Basis, die Planung und Sicherheit ermöglicht.

ÖVP Zur Gleichstellung von Frauen und Männern haben wir für die kommenden Jahre mehrere Vorhaben geplant. Dazu zählen einerseits der flächendeckende Ausbau der Kinderbetreuung und die gleichzeitige Einführung der Großelternkarenz, wodurch vor allem Frauen entlastet werden. Mit dem automatischen Pensionssplitting wollen wir Altersarmut, die vor allem Frauen betrifft, effektiv bekämpfen. Außerdem wollen wir moderne Rollenbilder sichtbar machen. Um die Gleichstellung darüber hinaus zu verbessern, wollen wir Frauen in Führungspositionen durch die Sichtbarmachung von Vorbildern für Betriebe stärken.

GRÜNE Die Gleichstellung der Geschlechter ist fest in unserer politischen DNA verankert. Wir Grüne setzen uns daher auf allen Ebenen und umfassend für die volle Gleichstellung in allen Lebensbereichen und gegen jegliche Form von Diskriminierung ein. Wir arbeiten für das Recht aller auf ein selbstbestimmtes, gesundes Leben, frei von Gewalt. Wir setzen uns für die Überwindung prekärer Arbeitsverhältnisse ein und dafür, dass Arbeit fair entlohnt wird. Der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ist für uns genauso selbstverständlich wie eine partnerschaftliche Aufteilung von Betreuungspflichten.

KPÖ Wir sehen auch Wohnpolitik als Frauenpolitik. Unleistbarer Wohnraum betrifft Frauen in vielfacher Weise. Alleinerziehende haben hohen Platzbedarf und geringere Einkommen. Frauen bleiben länger in Gewaltbeziehungen, wenn eine leistbare Wohnung nicht zu finden ist. Während die aktuelle Bundesregierung nicht einmal das Programm StoP-Partnergewalt ausreichend finanziert, damit es flächendeckend angeboten werden kann, setzen wir auf öffentlichen Wohnbau. Wie wir bauen, bestimmt wie Hausarbeit organisiert wird, wie Sorgearbeit stattfindet und unter welchen Bedingungen Frauen ihr Leben gestalten können.

FPÖ Die freiheitliche Frauenpolitik fördert ein gedeihliches Miteinander beider Geschlechter und aller Generationen. Selbstbestimmtes, partnerschaftliches, familienorientiertes und generationenübergreifendes Handeln und Tun stehen im Mittelpunkt. Freiheitliche Frauen gestalten aktiv unser Land, bewahren Frauenrechte, Werte und Tradition. Voraussetzungen für gleichberechtigte, selbstbestimmte gesellschaftliche, soziale, berufliche und finanzielle Stellung müssen verstärkt geschaffen werden. Ausländische Täter, die unser Frauenbild nicht anerkennen, sollen sofort abgeschoben werden.

NEOS Den größten Änderungsbedarf gibt es wohl in den Bereichen, die von Politik schwer zu steuern sind. Rollenbilder, Gesellschaftsverständnis und soziales Gefüge. Hier ist es uns ein Anliegen, an dem nötigen gesellschaftlichen Wandel mitzuarbeiten und diesen über Bewusstseinsarbeit - und bereits erwähnte Anwendungsbereiche in Bildungs-, Sozialbereich usw. - voranzutreiben.

Hilfe bei Gewalt

**Wenn Du von Gewalt betroffen bist,
kannst Du dir Hilfe holen!**

Frauenhelpline gegen Gewalt (24h – Österreich): **0800/222 555**

Notrufnummer steirische Frauenhäuser (24h – Steiermark): **0800/202 017**

Krisentelefon Männerinfo (24h – Österreich): **0800/400 777**

Frauen*- & Mädchen*beratungsstellen

Netzwerk österreichischer Frauen*- und Mädchen*beratungsstellen:
www.netzwerk-frauenberatung.at

Dachverband der steirischen Frauen*- und Mädchen*beratungsstellen:
www.frauenberatung-steiermark.at



www.graz.at/gewaltschutz

Satz- und Druckfehler vorbehalten.
Alle Angaben ohne Gewähr.

Inhaltliche Umsetzung:
Verein Grazer Frauenrat

Grafische Umsetzung:
Laura Eibeck

**GRAZER
FRAUENRAT**

Verein Grazer Frauenrat
Stainzergasse 2, 3. Stock
8010 Graz

www.grazerfrauenrat.at
office@grazerfrauenrat.at

Mit freundlicher
Unterstützung der Stadt Graz



Die Nationalratswahl 2024 steht vor der Tür und wir möchten wissen, was die wahlwerbenden Parteien in Sachen Frauen*- und Gleichstellungspolitik planen!



Schau dich um auf unserer Website & auf unseren Social Media Kanälen! →

www.grazerfrauenrat.at
[@grazerfrauenrat](https://www.instagram.com/grazerfrauenrat)

